

VORTRAG VON HERRN BRUNNER

---

vor der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung e.V. Düsseldorf  
20. Februar 1978

---

ENERGIEPOLITIK HEUTE

---

Energie ist ein besonderer Stoff. In unseren entwickelten Volkswirtschaften macht Energie 10 % und mehr des BSP aus. Diese Zahl hat Gewicht. Sie reicht aber nicht aus, um den Stellenwert zu verdeutlichen. Energie ist der Herzmuskel der Volkswirtschaft. Was sind unsere Ziele in der Wirtschaft ? Wir wollen Wachstum und Vollbeschäftigung. Nichts davon ist zu erreichen ohne Energie. Dies ist keine Behauptung. War es Zufall, dass die Energiekrise Ende des Jahres 1973 zugleich auf der ganzen Welt Wachstumsverluste, sogar zum Teil, wie man es nennt Negativwachstum, mit sich gebracht hat, jedenfalls eine Verringerung des Wachstumstempos in der ganzen Welt und zugleich eine schlagartige Zunahme der Arbeitslosigkeit überall ? Dies ist kein Zufall. Wer das für einen Zufall hält, muss blind sein. Wachstum und Beschäftigung, die industriellen Produktions- und Dienstleistungsstrukturen in der Bundesrepublik, in der Gemeinschaft, in allen Staaten der Welt einschliesslich der Entwicklungsländer hängen ab von Energie.

Bis 1973 war Energie kein Problem. Sie war einfach vorhanden. Wir hatten Energie im Überfluss. Deshalb haben wir uns keine Gedanken gemacht, wie wir ja auch keine Überlegungen über unseren Herzmuskel anstellen, solange er nur gesund ist. Seit dem Krieg hat der gesamte Energieverbrauch sprunghaft zugenommen. Besonders die Nachfrage nach Mineralöl ist in atemberaubendem Tempo in die Höhe gegangen. 1950 waren es 1.454 Mio toe, 1973 aber bereits 4.129 Mio toe. Öl wurde in grossen Mengen produziert und zu Schleuderpreisen angeboten.

Dann kam das Jahr 1973. Die Ölpreise stiegen im Oktober um 100 % und sie wurden im Dezember nochmals verdoppelt. Das war ein Schock. Mit einem Schlag erlebten wir eine Ernüchterung. Dies war eine Ernüchterung in zweifacher Hinsicht : Die Illusionen über die wachsende Verfügbarkeit billiger Energiequellen waren zerstoßen. Und unsere Rohstoffabhängigkeit wurde uns schmerzhaft bewusst. Die Statistiken hatten plötzlich einen realen Aussagewert : Die Gemeinschaft führt 90 % ihres Rohölbedarfes ein. Über die Hälfte des Energiebedarfes wird durch Erdöl gedeckt. Dieses Erdöl kommt aus einer Weltgegend, auf die wir wenig Einfluss haben. Es ist eine Weltgegend, in der Politik gemacht wird, die nicht immer rational ist.

Nun waren sich alle einig, dass wir uns ernsthafte und gründliche Gedanken über unsere energiewirtschaftliche Zukunft machen müssten, dass dabei auch Seitenblicke auf alle anderen Staaten nötig sein würden. In der Gemeinschaft wurden energiepolitische Ziele formuliert. Bis 1985 sollte 15 % Energie eingespart werden. Neue Energiequellen sollten entwickelt werden. Wir hofften auf diese Weise unsere Abhängigkeit von Einfuhren auf 50 % herunterzuschrauben.

Mit einem Mal sah die Welt anders aus. In dem Masse, in dem wir zuvor sorglos lebten, reagierten wir jetzt überempfindlich. Industrie und Unternehmer hatten keinen Mut, um zu investieren oder ihre Kapazitäten zu erneuern, zu vergrössern, zu modernisieren. Die Arbeitnehmer trugen ihr Geld lieber auf die Bank statt auf den Markt. Es fehlte an Vertrauen in die Zukunft. Das Vertrauen in die Stabilität der weltwirtschaftlichen Ordnung, in die Kontinuität unserer Rohstoffversorgung hat Schaden gelitten. Natürlich sind die Energiepreise ein realistischer Ausdruck zumindest der künftigen Knappheitsverhältnisse. Was uns aber aus dem Gleichgewicht gebracht hat, ist das plötzliche Bewusstsein der Bedrohtheit, die Erkenntnis unserer existentiellen Abhängigkeit von Dritten. Wir werden nicht erpresst, wir erkennen aber, dass wir erpressbar sind. Wir leben schon lange gefährlich, doch 1973 war uns dies bewusst geworden. Dies war eine neue Lebensstimmung. Der bisherige Fortschrittsglauben an die Machbarkeit der Welt war ins Wanken geraten. Die Sorge um die Annehmlichkeiten unserer Wohlstandsgesellschaft verwirrten uns.

Die Folge war, dass die Weltwirtschaft aus dem Tritt gebracht wurde. Die Industrieländer gerieten in die schwerste Rezession seit 1931. Es war eine Weltwirtschaftskrise, die zugleich eine Struktur- und eine Konjunkturkrise war. Von diesem Schlag haben wir uns bis heute nicht völlig erholt. Noch immer verläuft die Entwicklung der Konjunktur gedämpft. Es ist ungewiss, ob auf die Anzeichen einer allmählichen Belebung Verlass ist.

Damit ist wieder eine veränderte Lage entstanden. Jetzt ist nicht Energie, sondern Wachstum das Problem. Die Wirtschaft stagniert. Also brauchen wir auch weniger Energie. Seit 1973, dem letzten Normaljahr vor der Ölkrise, haben wir eine Wachstumspause beim Primärenergieverbrauch. Öl ist plötzlich reichlich vorhanden.

Wieder lässt uns der Markt im Stich. Mit dem momentanen Überfluss verflüchtigt sich der Zwang zu vernünftigen Lösungen. Denken Sie an die Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Der grösste Mineralölproduzent der Welt, die Vereinigten Staaten, sind inzwischen auch zum grössten Ölimporteure der Welt avanciert. Die USA nehmen mengenmässig die gesamte Jahresproduktion Saudi-Arabiens für sich in Anspruch. Das sind 450 Mio t. Das ist natürlich keine Kleinigkeit. Bei den heutigen Preisen können sich nicht einmal die Vereinigten Staaten diesen Aufwand leisten. Doch mengenmässig gibt es, wie gesagt, keine Schwierigkeiten. Das Öl ist auf den Weltmärkten zu haben. Aber die Ölimporte haben ein gewaltiges Loch in die Handelsbilanz der USA gerissen. Im letzten Jahr haben sie sich mit 30 Mrd. \$ verschuldet.

Man könnte sich auf den Standpunkt stellen, dass dies eine amerikanische Angelegenheit sei. Doch dies wäre genauso wenig zutreffend wie etwa die Feststellung, dass die Ölpreise eine alleinige Angelegenheit der Förderländer seien. Das Gegenteil ist richtig. Der Weltwirtschaft droht neue Unordnung. Wiederum geht die Unordnung vom Energiebereich aus. Wiederum bleiben die Folgen aber nicht auf den Energiesektor beschränkt. Das Öldefizit der USA hat den Dollar ins Gerede gebracht. Der Dollar ist nicht irgendeine Währung. Der Dollar ist die Währung der führenden Wirtschaftsmacht der Welt. Die USA spielen eine massgebende Rolle in den internationalen Währungsbeziehungen. Sie spielen diese Rolle, ob sie wollen oder nicht. Solange der Dollar diese Schlüsselfunktion hat, ist seine Stabilität oder Instabilität für die ganze Welt von grösster Bedeutung.

Im letzten Jahr hat der Dollar einen historischen Tiefpunkt erreicht. Gegenüber der DM hat er Ende 1977 in einem einzigen Quartal 8 % verloren. Gegenüber den zehn wichtigsten Handelspartnern der USA hat der Dollar 1977 im gewogenen Durchschnitt 6 % verloren. Der französische Franken hat in den letzten Tagen in weniger als einer Woche 4 % seines Aussenwertes eingebüsst. Ganz abgesehen von dem politischen Hintergrund, ist dies vor allem ein Ausdruck der Unsicherheit über den Dollar. Die Devisenmärkte sind nervös. Sie werden solange nervös bleiben, wie das Ölleck in der amerikanischen Handelsbilanz nicht gestopft ist.

Die Dollarschwäche hat die Unsicherheit für die wirtschaftliche Erholung in den westlichen Industrieländern vermehrt. Die Industrieländer, vor allem die Gemeinschaft, haben sich gegen den Kursverfall des Dollars gewehrt. Sie haben versucht, den Aufwertungsdruck auf die eigenen Währungen zu mildern. Im letzten Jahr haben sie 40 Mrd. \$ aus dem Markt genommen und dafür eigene Währungen ausgegeben. Das hat ihre Politik der Inflationsbekämpfung gewiss nicht erleichtert. Doch der Dollarkurs ist unberechenbar geblieben. Die Auswirkungen werden erst allmählich fühlbar. Natürlich hat der Rückgang des Dollarkurses nur einen Teil der Exporte unmittelbar betroffen. Ein Teil der Importe ist dadurch sogar verbilligt worden. Das betrifft vor allem die Oleinfuhren. Andererseits hat das soviel nicht ausgemacht. Ölvertéuerung und Währungsschnitt haben sich teilweise aufgehoben. 1977 ist die Ölrechnung immerhin um 1,6 % billiger geworden. Die Wechselkursentwicklung hat aber dazu geführt, dass die Erträge der Unternehmer zurückgegangen sind. In der Bundesrepublik sind die Erträge real um 2,5 % gesunken. Das belastet die Investitionsneigung. Sie ist ohnehin gering.

Die Unternehmen müssen, um konkurrenzfähig zu bleiben, die Kosten senken. Denn nur so lassen sich die Preise in ausländischer Währung halten. Das hat den Rationalisierungsdruck in den Unternehmen vermehrt. Damit wurden aber auch unsere Beschäftigungs- und Strukturprobleme vergrößert. Mit einem Wort : Der Energieschlendrian der Vereinigten Staaten verschärft die Probleme in der Stahlwirtschaft, in der Luft- und Raumfahrtindustrie, in der Schifffahrt und im Schiffbau. Für die Gemeinschaft ist das eine ernste Situation. Wir kämpfen in der Gemeinschaft gegen Inflation, Arbeitslosigkeit und mangelndes Wirtschaftswachstum. Wir ergreifen Dringlichkeitsmassnahmen zur Unterstützung unserer strukturschwachen Industrien. Wir unternehmen alles, um den gemeinsamen Markt zu erhalten und die Anpassungsprozesse zu erleichtern. Wir wenden unsere ganze Energie auf, um der Versuchung des Protektionismus zu widerstehen. Doch zum Erfolg brauchen wir mehr, als nur eigene Ausdauer. Zum Erfolg gehört auch ein starker und stabiler Dollar.

Eines also wissen wir ~~jetzt~~ : Solange der Ölmarkt überschwappt, werden kurzfristige Energieentscheidungen getroffen. Diese Entscheidungen haben die verwickelsten Folgen. Die Gewissheit einer künftigen Energieverknappung übersteigt offenbar die Vorstellungskraft der amerikanischen Bürger. Die Energieeinsparung, die Präsident Carter vorgeschlagen hat, ist zwar dringend notwendig, aber offenbar politisch kaum zu verkaufen, solange die Krise nicht mit Händen zu greifen ist.

Ich sprach von den Folgen. Auch die Ölländer spüren diese Folgen. Es sind dies natürlich auch Folgen ihrer eigenen Ölpreispolitik. Die Ölverteuerung hat die Weltinflation angeheizt. Der Dollar ist schwach geworden. Die Ölverkäufe der Saudis und

der anderen Olexporteurs werden aber zumeist in amerikanischer Währung bezahlt. Die Ollander haben deshalb Abwertungsverluste erlitten. Ihre Oleinnahmen haben real an Kaufkraft verloren. Doch der Versuch, diese Entwicklung zu korrigieren, scheitert heute an den Marktbedingungen. Der Olexport ist gesättigt. Höhere Preise lassen sich kaum durchsetzen. Sie würden das obel auch nur verscharfieren. Die Ollander versuchen deshalb, auf harte Währungen auszuweichen. Zum Jahresende haben sie ihre Dollarguthaben um über eine Milliarde Dollar abgetragen. Stattdessen haben sie Guthaben in anderen Währungen aufgebaut. Doch auch das ist kein Ausweg. Im Gegenteil : Die verbleibenden Ollollars werden immer mehr entwertet. Denn das Dollarangebot am Markt wird noch grösser. Der Olexport ist sehr relativiert worden. Die Förderländer wissen das. Sie rechnen uns vor, dass sie 20 % Wertverlust erlitten haben. Schon treten sie als Nettoborger auf den internationalen Kapitalmärkten auf. Die Olforderlander wissen : Ihr Olexport ist keine Gabe für die Ewigkeit. Wer die Gunst der Stunde verstreichen lässt, wird bald ernüchtert sein. Denn schon morgen sind die knappen Bodenschätze erschöpft. Bis dahin muss eine moderne Produktionsstruktur stehen. Wenn sie nicht steht, wird sie auch auf absehbare Zeit nicht erreicht werden.

Ich denke, dies ist genügend Faktenmaterial, um einige Schlussfolgerungen zu ziehen. Denn darum geht es jetzt, dass wir die richtigen Schlussfolgerungen ziehen. Wir müssen dies tun, damit wir in Zukunft im Energiebereich den richtigen Kurs steuern.

Die erste Schlussfolgerung ist, dass wir dem Markt nicht voll vertrauen können. Wenn wir uns nur auf die Marktdaten verlassen, entscheiden wir auf einer zu engen und kursfristigen Basis. Die künftigen Energiemoglichkeiten werden nicht berücksichtigt.

Wir leben dann im Vorgriff auf die Zukunft - sozusagen auf Kredit. Denn natürlich entspricht es bester liberaler Tradition, eine Ware dort zu beziehen, wo sie billig zu haben ist. Und wenn diese Ware billig zu haben ist, dann wird der Bedarf eben bis zur Sättigung befriedigt. Der Markt erzwingt keine ausreichenden Anstrengungen, um Energie zu sparen und zusätzliches Angebot zu mobilisieren.

Die zweite Schlussfolgerung lautet deshalb : Wir brauchen eine Energiepolitik. Die Energiepolitik brauchen wir, weil das Markt-system schwerwiegende Fehler nicht verhindert. Ja, wir haben gesehen, dass der Markt zum Teil diese Fehler erst verursacht hat. Wir brauchen die Energiepolitik auch, weil diese möglichen Fehler schwerwiegende gesamtwirtschaftliche Folgen haben. Diese Folgen können wir aber nicht hinnehmen. Energiepolitik muss die Richtung anzeigen, sie muss Rahmenbedingungen setzen und verändern. Energiepolitik kann natürlich die Entwicklung nicht erzwingen, jedenfalls nicht in einer demokratisch geordneten Wirtschaftsgesellschaft. Sie kann nicht erzwingen, dass ihre Prognosen und ihre Zieldaten hinterher wirklich eintreten. Aber sie kann und muss uns auf diese möglichen Entwicklungen vorbereiten. Sie muss uns aufmerksam machen und unser Verhalten orientieren.

Die Frage, die sich dann in einer Gemeinschaft stellt, ist, wer diese Politik machen soll. Dies ist in der Europäischen Gemeinschaft eine ganz entscheidende Frage. Doch die Antwort sollte uns nicht schwerfallen. Der Kurs der Energiepolitik steht nicht voll zur Disposition eines einzelnen Landes. Wichtige energiepolitische Daten werden international geregelt. Die engen Verflechtungen in der Gemeinschaft erlauben keine autonome Wirtschaftspolitik. Wie sollte dann aber autonome Energiepolitik möglich sein. Wenn wir allein nicht handeln können, dann sollten wir es gemeinsam versuchen. Wir brauchen eine europäische Energiepolitik. Doch so einfach diese Tatsachen sind, so schwer

fällt es uns in der Gemeinschaft, sie einzusehen. Wiederum liegt das daran, dass wir nicht über den Tellerrand der nächsten Wochen und Monate schauen.

Denn, was sieht der Mann auf der Strasse ? Er sieht, dass im Augenblick von allem mehr zuviel als zu wenig da ist. Am Weltmarkt gibt es eine Energieschwemme. Die Preise sind unter Druck. Er erlebt das Schauspiel des vom Markt disziplinierten Oligartells. In der Gemeinschaft liegen 60 Millionen t Kohle auf Halde. In den Raffinerien stehen Kapazitäten ungenutzt. Der Mann auf der Strasse fragt sich : Was besagt die Diskussion über die Gefahr eines künftigen Energiemangels ? Wieso sollen wir uns beim Energieverbrauch Zwang auferlegen, warum Energie einsparen ? Warum sollen wir sehr viel Geld investieren, um alternative Energiequellen zu entwickeln und warum brauchen wir eine so umstrittene Energiequelle wie Kernenergie ?

Die Mitgliedstaaten machen es uns auch nicht leicht. Sie wachen eifersüchtig über ihre Energiequellen. Und diese Energiequellen sind in der Gemeinschaft ungleich verteilt. Die einen haben Kohle, die anderen Erdgas, wieder andere Mineralöl. Einige Länder besitzen mehrere Energiequellen, andere haben nichts. Deshalb haben wir eine Lage, in der die Interessen auseinanderstreben. Deshalb ist Solidarität oft ein Fremdwort im Vokabular der europäischen Energiepolitik.

Wir wissen aber jetzt, dass Kurzsichtigkeit im Energiebereich eine lebensgefährliche Sache sein kann. Deshalb müssen wir dem Mann auf der Strasse und deshalb müssen wir den Mitgliedstaaten folgendes sagen :

Jedem sei der Genuss der Vorteile gegönnt, die er aus seinen nationalen Ressourcen zieht. Niemand neidet Grossbritannien das Nordsee-Öl. Doch es ist kurzsichtig, wenn immer wieder gefragt wird : Was bekomme ich für mein Land, was bringt mir dieser Vorschlag jetzt unmittelbar in klingender Münze. Wir sind eine Gemeinschaft und keine Cocktail-Veranstaltung, bei der man nach ein paar Handshakes wieder auseinanderläuft. Wir sitzen alle im gleichen Boot. Wenn ein Land in Schwierigkeiten gerät, hat dies auch für die Partner Folgen. Weil wir wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind. Oft sind die Vorteile nicht unmittelbar zu greifen. Aber langfristig bringt Solidarität für jeden einen Zuwachs an Sicherheit. Für den einen die Sicherheit, einen Absatzmarkt für seine Produkte zu haben, für den anderen die Gewissheit, im Falle von Schwierigkeiten nicht allein zu stehen. Das lässt sich nicht bei jeder Einzelentscheidung konkret ablesen. Doch in der längeren Frist ist dieser Gewinn an Sicherheit eine Realität.

Wo wären wir denn heute, wenn wir in diesen vier Jahren der Weltwirtschaftskrise keine Gemeinschaft gehabt hätten ? Die Unterschiede in den kurzfristigen Interessen und die Unterschiede in den Auswirkungen der Krise auf die einzelnen Mitgliedstaaten hätten uns schon längst in die nationale Isolation getrieben. Doch diese Gemeinschaft hat uns bisher vor dem Sündenfall des Handelsprotektionismus bewahrt. Sie hat den Rückfall ins Autarkiestreben und in krasse Eigensüchtelei verhindert. Das bitte ich doch nicht zu vergessen.

Im Energiebereich können wir nicht alles ganz anders machen. Wir können im Energiebereich nicht egoistisch operieren. Jetzt haben wir eine Situation, in der wir mit Gelassenheit eine

gemeinsame Energiepolitik entwickeln und abrunden können. Die Energielage ist entspannt. Wir haben den Spielraum, um das Nötige in die Wege zu leiten. Wenn wir es jetzt nicht schaffen, solidarisch zu handeln, wird es unter dem Druck der Krise auch nicht gelingen. Wie schnell Überfluss in Mangel umschlagen kann, haben die jüngsten Ereignisse in Amerika bewiesen. Eine Wetterkatastrophe und ein Kohlestreik haben genügt, um eine neue Lage zu schaffen. Kein Mensch hat sich in den USA Gedanken über Kohle gemacht. Kohle gibt es im Überfluss. Nach dem Wettersturz und 11 Wochen Streik von 160.000 Kumpeln verfeuern die grossen Kohlekraftwerke in Ohio, Pennsylvania, Illinois und New York jetzt ihre letzten Vorräte. Die Administration plant Notstandsmassnahmen. So schnell kann das gehen. So wenig Verlass ist auf Überfluss.

Wer eine Energiepolitik der Gemeinschaft bejaht, muss sagen, wie sie aussehen soll. Eine Energiepolitik der Gemeinschaft muss zweierlei sein : Es muss eine Politik sein, die über die kurzfristigen Marktlagen hinauszielt. Es muss, zweitens, eine Politik sein, die zwischen den unterschiedlichen Interessen vermittelt, indem sie einzelne Massnahmen in einen grösseren Zusammenhang stellt.

Für eine solche Politik sind mindestens fünf Überlegungen massgebend :

Erstens : Wir brauchen eine ausreichende Energieversorgung. Energie entscheidet über Wirtschaftswachstum. Auf Wirtschaftswachstum können wir nicht verzichten. Deshalb darf es keine Lücke in der Energieversorgung geben. Gleichzeitig müssen wir uns bemühen, die Wachstumsrate des Energieverbrauchs durch Energieeinsparung gering zu halten. Wir müssen das Verhältnis zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch entkoppeln. Wir müssen

mehr Wachstum mit weniger Energie erwirtschaften.

Zweitens : Wir brauchen eine stabile und sichere Energieversorgung. Wir brauchen Vorkehrungen und Regeln für den Fall der Unterbrechung oder Einschränkung der Energieversorgung.

Drittens : Wir müssen die Palette des Energieangebots verbreitern. Wir können nicht nur auf eine Quelle vertrauen. Zum Beispiel dürfen wir uns nicht allein auf Öl verlassen. Wir müssen unsere heimischen Energien entwickeln und unsere Einfuhren nach Energieträgern und nach Förderländern streuen.

Viertens : Wir müssen neue Energiequellen erschliessen. Wir müssen Sonnenenergie entwickeln und geothermische Energien, Wind- und Wellenenergie. Wir können auch auf Kernenergie nicht verzichten. Wir müssen die Erforschung der Fusionsenergie vorantreiben.

Fünftens : Schliesslich müssen wir unsere Interessen im Energiebereich gemeinsam gegenüber Drittstaaten vertreten. Wir müssen eine aktive Rolle in der internationalen Zusammenarbeit spielen.

Dies sind die Leitlinien für eine Energiepolitik der Gemeinschaft. Hiernach sollten wir weiter handeln. Denn auf diese Weise können wir zweierlei erreichen : Wir sichern eine stabile Energieversorgung zu vernünftigen Preisen. und wir stärken die Gemeinschaft. Wir stärken die Gemeinschaft dadurch, dass wir ein Gefühl der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten entwickeln. Den energiereichen Ländern geben wir Gewissheit, dass ihre Ressourcen und ihre Leistungen in der Gemeinschaft eine sinnvolle Verwendung finden, die ihnen auf Dauer Nutzen bringt. Den schwachen Ländern geben wir

die Sicherheit, dass sie in der Stunde des Mangels nicht im Stich gelassen werden.

Vielleicht klingt dies abstrakt. Doch es gibt heute zwei Bereiche, in denen sich praktische Solidarität der Gemeinschaft bewähren muss. Es werden Prüfsteine für eine gemeinsame Energiepolitik sein. Diese Beispiele sind deshalb so bezeichnend, weil sie zweierlei zeigen : Sie zeigen den Zusammenhang zwischen kurzfristiger und langfristiger Versorgungslage. Und sie zeigen, dass auch bei kurzfristig unterschiedlichen Positionen eine langfristige Interessenkonvergenz möglich ist.

Vielleicht ist Ihnen die Lage des Steinkohlebergbaus geläufig. Der Kohlebergbau der Gemeinschaft steckt in der Krise. Es geht darum, dass wir kurzfristig nicht genug Gemeinschaftskohle absetzen können. Im Jahre 1977 hat die Gemeinschaftsförderung nur noch 225 Mio t betragen. 250 Mio t waren geplant. Doch die Nachfrage nach Gemeinschaftskohle geht weiter zurück und die Haldenbestände nehmen zu. Inzwischen liegen 60 Mio t auf Halde. 40 % der Jahresproduktion der Bundesrepublik liegen auf Halde. Die Nachfrage geht zurück, weil der Absatz aufgrund der Stahlkrise stagniert. Und bei der Kohleverstromung macht billige Einfuhrkohle Konkurrenz. Die Gemeinschaftskohle ist teuer, weil sie tief liegt und der Abbau grosse Kosten verursacht. In den USA und in anderen Ländern wird Kohle im Tagebau abgebaut. Diese Kohle ist natürlich billig. Billige Drittländerkohle drängt deshalb in den gemeinsamen Markt. Die Nichtförderländer der Gemeinschaft decken sich mit billiger Drittländerkohle ein. Das senkt die Produktionskosten und macht wettbewerbsfähig.

Die Frage ist jetzt : Sollen wir es hinnehmen, dass Schachtanlagen und Kokereien vernichtet werden ? Können wir es zulassen, dass die Option Kohle kaputtgemacht wird ? Eines ist sicher : Langfristig

ist die Gemeinschaft auf Kohle angewiesen. Denn Mineralöl und Erdgas werden gegen Ende des Jahrhunderts erschöpft sein. Wir wissen aber nicht, ob wir bis dahin alternative Energiemöglichkeiten in ausreichender Menge haben werden.

Wir müssen also jetzt ausreichende Absatzmöglichkeiten für Gemeinschaftskohle schaffen. In den Förderländern lässt sich der Kohleabsatz kaum noch steigern. Dort wird ein Maximum an Kohle verbraucht. Also müssen auch die Nichtförderländer eingeschaltet werden. Doch diese ziehen es vor, billige Drittländerskohle zu verwenden. Aber langfristig sind sie natürlich an der Option Kohle interessiert. Hier muss die Gemeinschaft eingreifen. Sie muss Massnahmen ergreifen, um den vermehrten Absatz von Gemeinschaftskohle zu fördern. Sie muss Beihilfen gewähren, um die Gemeinschaftskohle im innergemeinschaftlichen Austausch wettbewerbsfähig zu machen. Das genau werden wir vorschlagen. Damit erreichen wir folgendes :

Wir erreichen damit, dass unsere Förderkapazitäten erhalten bleiben. Wir tragen damit zur Zukunftsvorsorge bei. Diese Energieoption wird in der Zukunft allen Mitgliedstaaten offenstehen. Die kurzfristigen Kosten aber für diese Zukunftsoption wird auf alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft verteilt. Dies ist ein Beispiel für Gemeinschaftssolidarität in der Energiepolitik.

Auch in der Raffinerieindustrie haben wir ein Kapazitätsproblem. Die Raffinerieindustrie leidet unter dem Druck von Überkapazitäten. Die Wirtschaftsrezession und Energieeinsparmassnahmen haben die Nachfrage nach Raffinerieprodukten stabilisiert. Das ist energiepolitisch zu begrüßen. Doch nun haben wir natürlich die Schwierigkeit in der Raffinerieindustrie. Die Kapazitäten liegen heute 16 % über dem Bedarf. Die Unternehmen erleiden Verluste.

Die Industrie verliert im Durchschnitt 5 Dollar pro t. Im Jahr sind es 2,5 Milliarden  $\%$ . Das hält man natürlich nicht unbegrenzt durch. Die Lage könnte noch kritischer werden. Bald werden die Raffinerieerzeugnisse der Olländer und der Mittelmeer-Staaten auf den Markt stossen.

Das Problem ist so gross, dass nur eine Gemeinschaftslösung helfen kann. Denn im vergangenen Jahr war die Lage so, dass 140 Millionen t abzubauen waren. Das entspricht der gesamten Kapazität Grossbritanniens. Daran ermessen Sie die Grössenordnung. Inzwischen sind Kapazitäten stillgelegt worden. Aber noch immer sind 60 Millionen t zuviel am Markt. Wenn die Gemeinschaft nicht handelt, sehe ich eine chaotische Entwicklung voraus. Denn die Mitgliedstaaten ergreifen im Alleingang widersprüchliche Massnahmen. Grossbritannien und Irland wollen freie Hand behalten. Sie bauen im Nordsee-Gebiet sogar neue Raffinerien auf. In anderen Ländern werden zum Teil überalterte Raffinerien mit unterschiedlichen Beihilfen am Leben erhalten. Die Kostenstrukturen werden dadurch verfälscht. Damit wird aber auch der Wettbewerb in der Gemeinschaft verzerrt. Das ist mit den Spielregeln des gemeinsamen Marktes nicht zu vereinbaren.

Kurzfristig brauchen wir eine Disziplin der Industrie. Die Industrie muss ihre Produktion Selbstbeschränkungen unterwerfen. Nur die Gemeinschaft kann die Überwachung garantieren. Mittelfristig müssen wir aber weitere Stilllegungsaktionen durchführen. Es sind ja noch Kapazitäten über 60 Millionen t abzubauen. Wir müssen auch verhindern, dass neue Kapazitäten mit Hilfe von Beihilfemassnahmen aufgebaut werden. Wir müssen den Zustrom billiger Drittlandserzeugnisse überachen.

All diese Massnahmen sind erforderlich, um die Lage zu stabilisieren. Denn natürlich können wir nicht tatenlos zusehen, wie auf dem Markt ein ruinöser Wettbewerb entbrennt und unsere Raffinerieindustrie zugrunde gerichtet wird. Die Gemeinschaft hat solche Massnahmen vorgeschlagen. Nur die Gemeinschaft kann sie mit Erfolg durchführen. Weil diese Massnahmen in ihre Zuständigkeit fallen und weil nur sie die nötigen Garantien für einen fairen Ausgleich der nationalen Interessen und der kurz- und langfristigen Interessenlage gewährleistet.

Sie sehen also auch hier : Die nationale Dimension ist klein geworden. Dies zu erkennen, bedeutet nicht, in Depressionen zu versinken. Erkenntnis der Tatsachen ist auch eine Chance. Diese Chance kann darin bestehen, dass wir zukünftig bessere Politik machen. Europäische Politik ist eine Politik für die Zukunft